

Immer breiterer Rückzug aus RCP8.5

geschrieben von Chris Frey | 28. Mai 2026

Cap Allon

Der RCP8.5-Rückzug ist nicht mehr nur auf Fachkreise im Klimabereich beschränkt. Die politischen und medialen Auswirkungen setzen ein, und die Ausreden werden bereits vorbereitet.

RCP8.5 und sein späterer Ableger SSP5-8.5 waren jahrelang die Grundlage für düstere Klimaprognosen. Sie lieferten den Stoff für die schlimmsten Schlagzeilen: außer Kontrolle geratene Erwärmung, versunkene Städte, tödliche Hitzewellen, Ernteaufschläge, Massenflucht und wirtschaftlicher Zusammenbruch. Sie wurden wiederholt als „Business as usual“ behandelt und dann durch Journalismus, Aktivistenberichte, Unternehmensrisikomodelle, Gerichtsverfahren und Regierungspolitik durchgesetzt.

Nun wurde dieses Szenario verworfen.

Bryan Walsh von Vox hat zugegeben, dass RCP8.5 „eineinhalb Jahrzehnte des Klimajournalismus geprägt hat“, einschließlich seiner eigenen Arbeit, als er beim Time Magazine über den Klimawandel berichtete. „Ich wusste nicht immer – und habe auch nicht immer kommuniziert –, dass das Szenario hinter den apokalyptischsten, aufmerksamkeitsstärksten Erkenntnissen größtenteils ein Versuch war, sich vorzustellen, wie schlimm es werden könnte, und keine echte Prognose. Aber ich war nicht allein. RCP 8.5 war eine häufige Hintergrundgröße im Klimajournalismus.“

In Deutschland hat das Thema Einzug in die Politik gehalten.

Am 20. Mai erzwang die AfD eine Bundestagsdebatte über die Streichung des RCP8.5 aus dem nächsten zentralen Klimaszenario-Rahmenwerk. Karsten Hilse bezeichnete den Pfad als ein unglaubwürdiges Horrorszenario, das dazu diene, Panik zu schüren und kostspielige Klimamaßnahmen zu rechtfertigen.

Die Reaktion der anderen Parteien war vorhersehbar. RCP8.5, so behaupteten sie, sei nur deshalb unrealistisch, weil die Klimapolitik funktioniert habe.

Das ist die Ausrede.

Aber auch sie bricht beim Kontakt mit der Realität, mit den Daten, in sich zusammen.

Wind- und Solarenergie machen nach wie vor nur einen kleinen Bruchteil der weltweiten Primärenergie aus. Fossile Brennstoffe dominieren weiterhin (~86 %). Die weltweiten CO₂-Emissionen sind nicht gesunken.

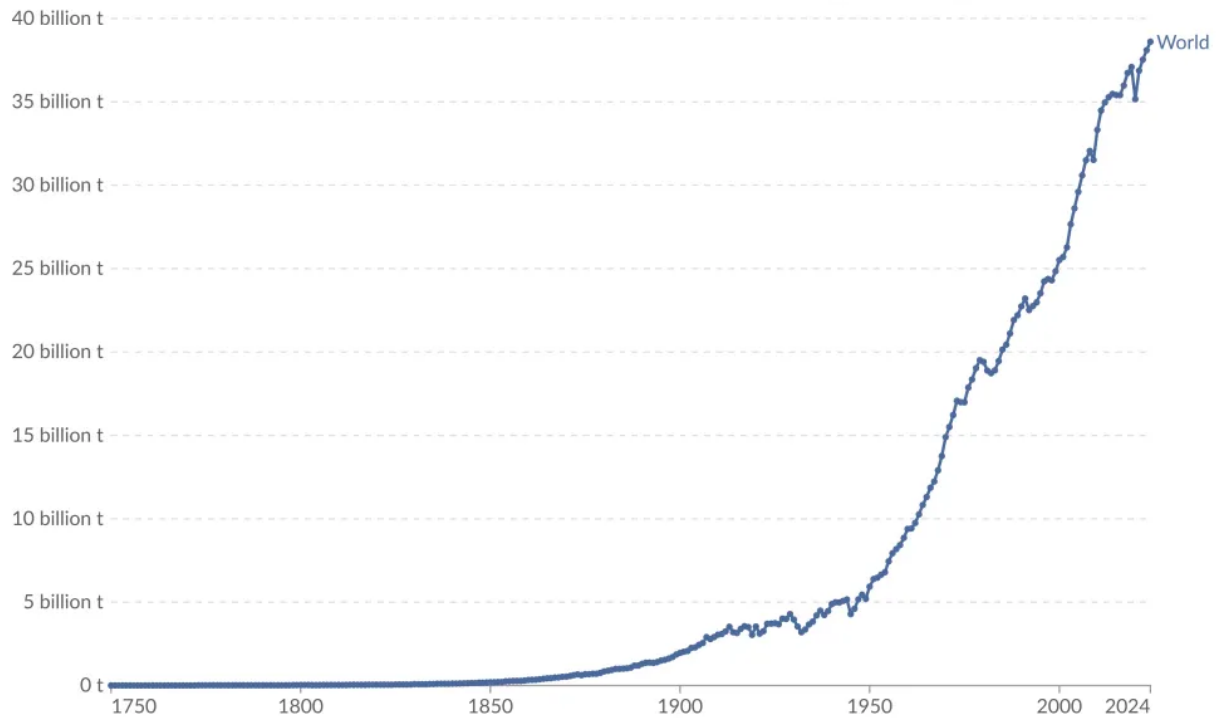
Sie sind weiter gestiegen. Die Welt hat RCP8.5 nicht vermieden, weil das Pariser Abkommen die Zivilisation gerettet hat oder weil erneuerbare Energien das globale Energiesystem ersetzt haben.

Das ist eine Lüge. Und durch nur eine Grafik wird sie aufgedeckt:

Annual CO₂ emissions

Our World
in Data

Carbon dioxide (CO₂) emissions from fossil fuels and industry. Land-use change emissions are not included.



Data source: Global Carbon Budget (2025)

OurWorldinData.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions | CC BY

RCP8.5 ist gescheitert, weil es nie realistisch war.

Doch genau diesen Punkt weigert sich das Establishment einzuräumen.

Wenn das Szenario von vornherein unplausibel war, dann beschränkt sich das Problem nicht auf einen einzigen verworfenen Pfad. Es reicht zurück über Jahre hinweg durch wissenschaftliche Arbeiten, Schlagzeilen, juristische Argumente, Schulmaterialien, Risikobewertungen und Regierungspolitik, einschließlich CO₂-Steuern.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/weather-is-weather-until-its-politically?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email (Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Hinweis: Die oben erwähnte Aussage von Bryan Walsh hat er [hier](#) bei WUWT genauer ausgeführt.

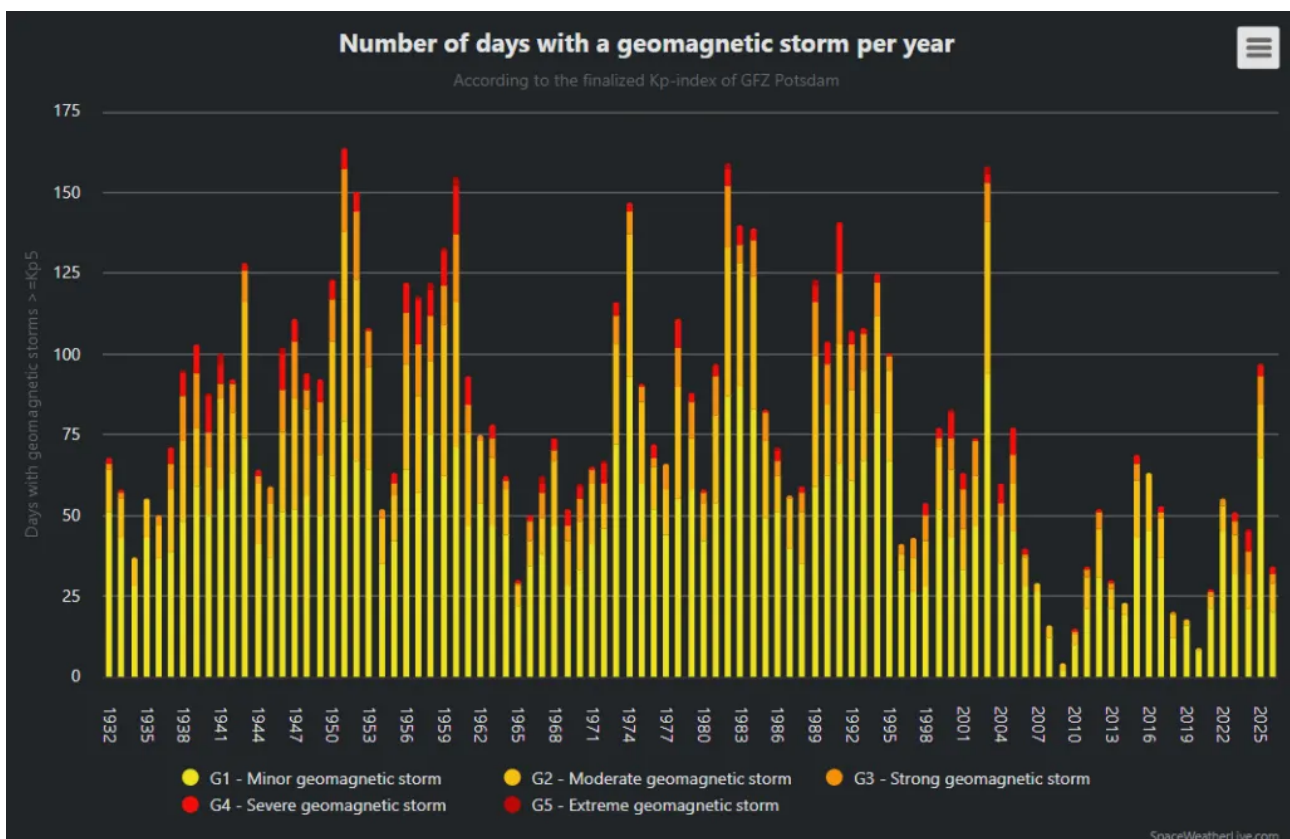
Sonnenzyklus 25 ist keine Rückkehr zur Sonne des 20. Jahrhunderts

geschrieben von Chris Frey | 28. Mai 2026

Cap Allon

Im Vergleich zu den großen Zyklen des 20. Jahrhunderts erweist sich der 25. Sonnenzyklus als sehr schwach. Geomagnetische Stürme waren in der Mitte und gegen Ende des 20. Jahrhunderts weitaus häufiger und intensiver, sodass der aktuelle Zyklus im Vergleich dazu eher harmlos wirkt.

Die lange Kp-Aufzeichnung des GFZ Potsdam verdeutlicht diesen Unterschied:



Der Sonnenzyklus 25 hat bisher 17 Tage der Stufe G4 oder G5 hervorgebracht.

Bis zum Ende des Zyklus' wird die Gesamtzahl wahrscheinlich bei etwa 25 liegen, vielleicht auch etwas höher.

Der Sonnenzyklus 23 brachte 43 Tage hervor.

Der Sonnenzyklus 22 brachte 47 Tage hervor.

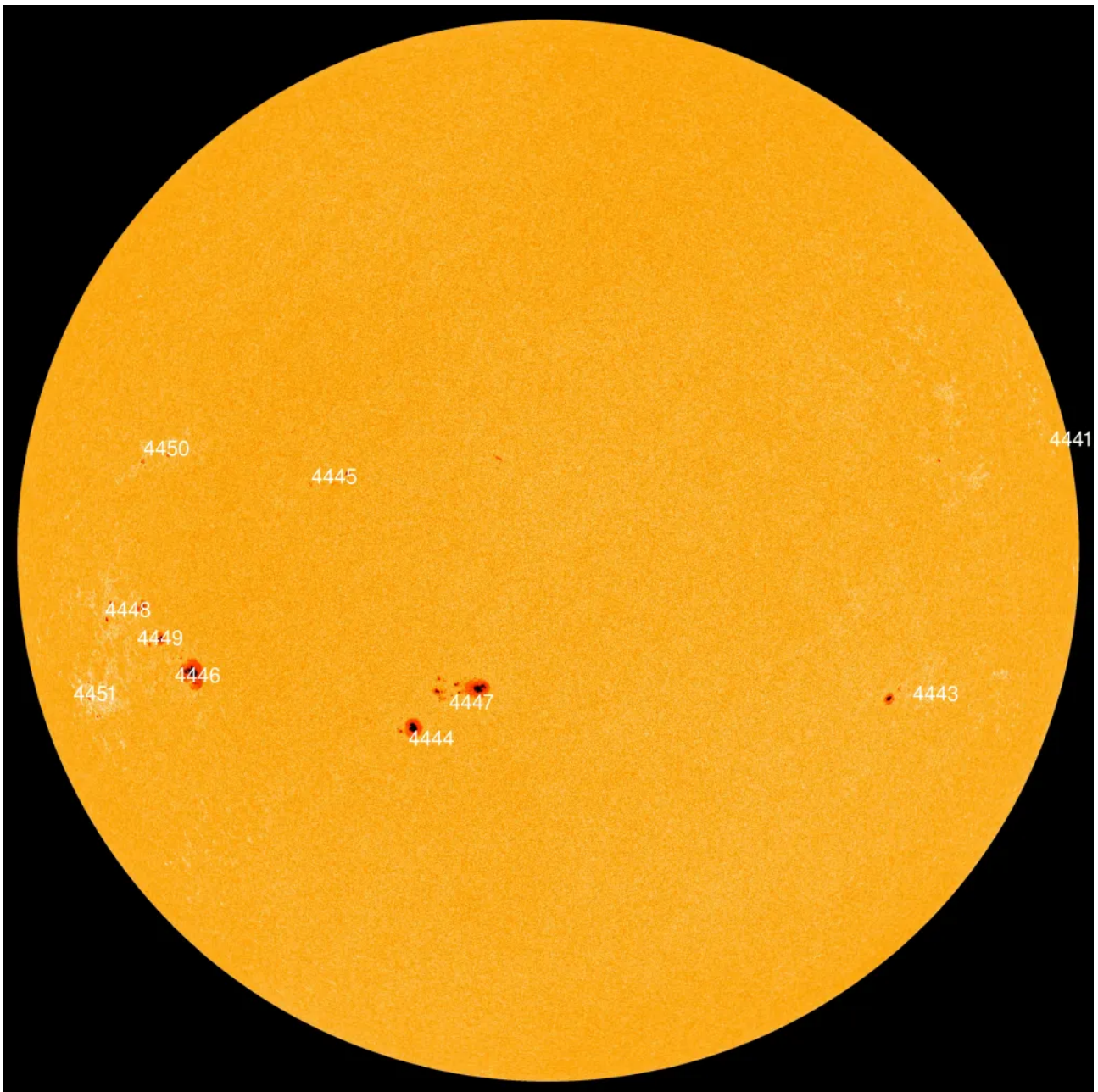
Der Sonnenzyklus 18 brachte 54 Tage hervor.

Der Sonnenzyklus 19 brachte 81 Tage hervor.

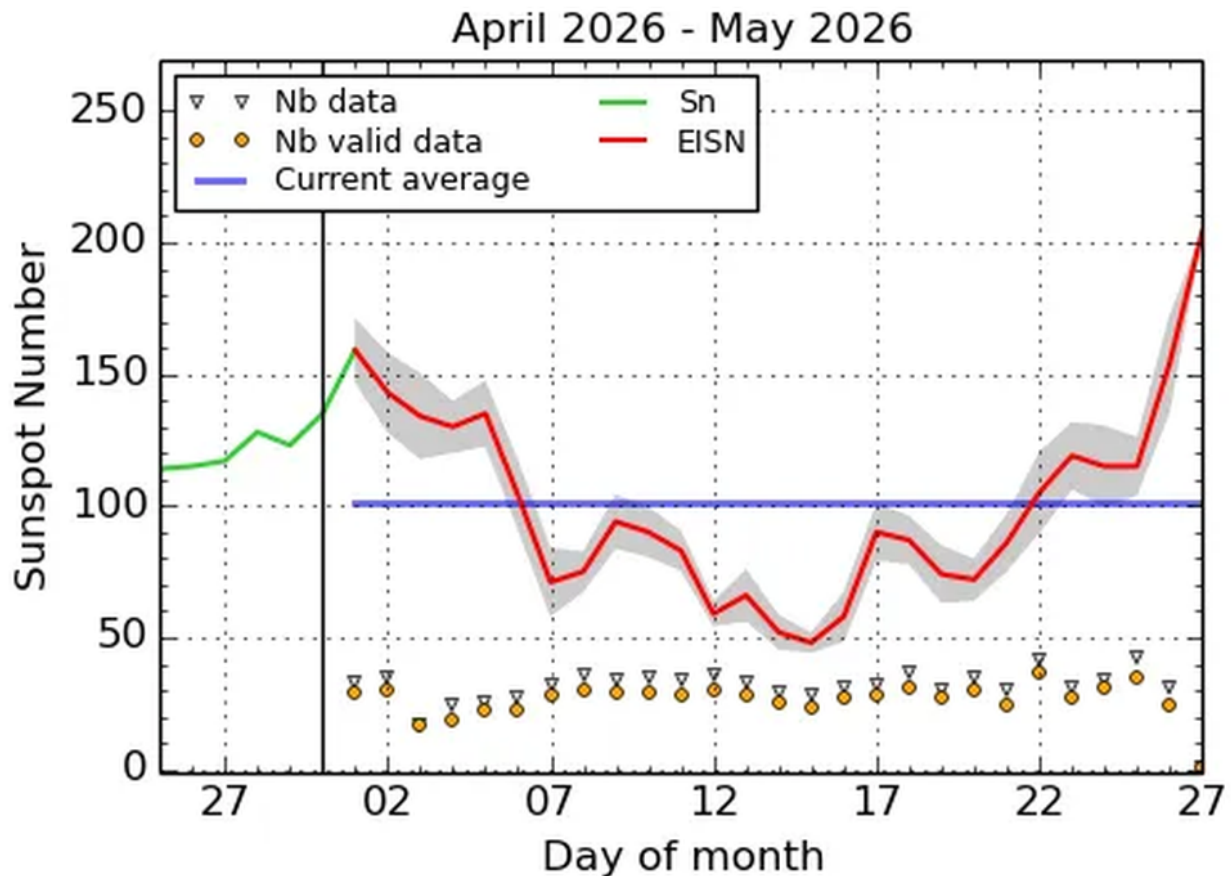
Die Sonnenaktivität des 20. Jahrhunderts war etwa zwei- bis dreimal so hoch wie heute. Lediglich im Jahr 2024 entstand kurzzeitig der Eindruck, dass der Sonnenzyklus 25 in diese Kategorie fallen könnte, doch selbst dieses Jahr blieb weit hinter den Spitzenwerten aktiverer Zyklen zurück.

Der Hauptgrund, warum manche den Sonnenzyklus 25 als aktiv bezeichnen, liegt darin, dass der Sonnenzyklus 24 so schwach war. Vor diesem eingebrochenen Maßstab sieht alles aktiv aus. Im Vergleich zur breiteren historischen Datenreihe liegt SC25 jedoch immer noch deutlich unter den großen modernen Zyklen (dem Grand Modern Maximum).

Die Sonnenfleckendaten erzählen eine ähnliche Geschichte. Im Mai gab es einen späten Anstieg, wobei der Monatsdurchschnitt nun bei etwa 100 liegt. Der Anstieg hängt teilweise mit der ehemaligen riesigen Region auf der Rückseite zusammen, die sich nun in separate aktive Regionen auf der der Erde zugewandten Scheibe aufgelöst hat:



Auf der der Erde zugewandten Seite befinden sich derzeit (27. Mai) neun Sonnenfleckengruppen, von denen die meisten schwache C-Flares erzeugen. [NASA/SDO]

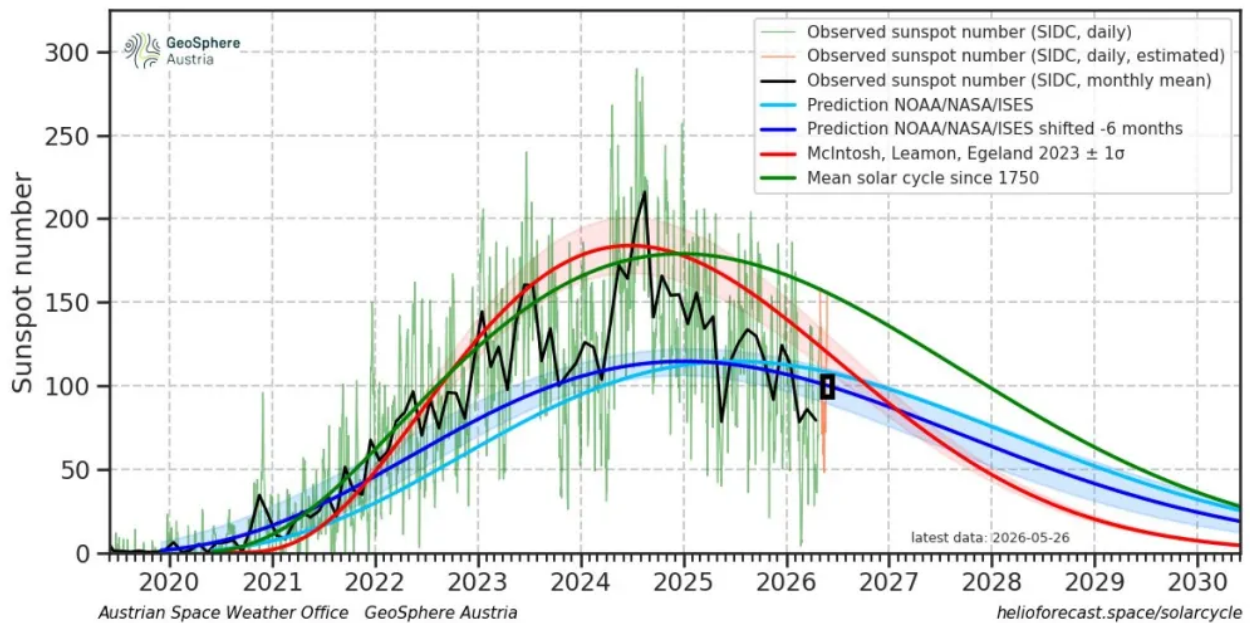


SILSO graphics (<http://sidc.be/silso>) Royal Observatory of Belgium, 2026 May 27

Dieser Ausbruch ändert jedoch nichts am Gesamtbild.

Der Sonnenzyklus 25 erreichte seinen Höhepunkt um das Jahr 2024 und befindet sich seit mehr als einem Jahr im Abklingen. Auf dem Weg nach oben übertraf er die ursprüngliche Prognose von NOAA/NASA/ISES, doch auf dem Weg nach unten verläuft er nun deutlich unterhalb der durchschnittlichen Sonnenzykluskurve, die bis ins Jahr 1750 zurückreicht.

Er stimmt auch weiterhin mit einer nach vorne verschobenen Version der McIntosh-Leamon-Egeland-Prognose überein, was darauf hindeutet, dass der Zyklus möglicherweise einfach vorzeitig eingetreten ist, anstatt in eine neue Ära hoher Aktivität überzugehen.



Ein kurzlebiger Aufschwung im Mai kann die Zahlen dieses Monats anheben. Er kann den allgemeinen Abwärtstrend jedoch nicht auslöschen.

All dies schließt größere Ereignisse nicht aus. Auch in abklingenden Phasen kann es noch zu starken Sonneneruptionen, kräftigen koronalen Massenauswürfen und schweren geomagnetischen Stürmen kommen. Ein ruhigerer Zyklus ist kein harmloser Zyklus. Es bedeutet lediglich, dass das Hintergrundniveau niedriger ist und große Ereignisse seltener auftreten.

Die größere Frage ist, was als Nächstes kommt.

Wenn der Sonnenzyklus 26 wieder die Stärke von SC19, SC21 oder SC22 erreicht, wird er im Vergleich zu SC25 heftig erscheinen. Wenn SC26 jedoch, wie ich erwarte, erneut nachlässt, werden SC24 und SC25 weniger als Ausnahmen und eher als erste Schritte eines längeren Abschwungs angesehen werden.

Genau hier liegt die Frage nach dem Großen Solaren Minimum.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/winter-keeps-nipping-california-nasa-s?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Intellektueller weiterer Idiot: Ed Miliband und die Energiekrise in Großbritannien

geschrieben von Chris Frey | 28. Mai 2026

Tilak Doshi

***Vorbemerkung des Übersetzers:** Offenbar ist man in UK noch etwas weiter als bei uns. Der hier beschriebene Wahnsinn ist aber ohne Weiteres auch auf unser Land übertragbar. – Ende Vorbemerkung.*

„Es gibt Ideen, die so absurd sind, dass nur ein Intellektueller daran glauben kann“, sagte George Orwell. Dies scheint bei Ed Miliband der Fall zu sein, der nun gerade auf jene Klimapolitik setzt, die auf einer mittlerweile **diskreditierten** Grundlage errichtet worden ist.

Das internationale Gremium, das für die offiziellen Klimaszenarien des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel der Vereinten Nationen (IPCC) verantwortlich ist, hat im vergangenen Monat still und leise eine Bombe **platzen** lassen: Der berüchtigte RCP8.5-Pfad „Business-as-usual“ – das extreme Emissionsszenario, das praktisch jeder Klimapanik, jeder Forderung nach Netto-Null-Dringlichkeit und jeder Rechtfertigung für Großbritanniens ruinöse Energiepolitik der letzten fünfzehn Jahre zugrunde lag – wurde offiziell für „unplausibel“ erklärt und aus der nächsten Generation von Modellen gestrichen, die in den Siebten Sachstandsbericht des IPCC einfließen. Die **Rede** von UN-Generalsekretär António Guterres aus dem Jahr 2023 über das „Zeitalter der globalen Erhitzung“ klingt nun noch lächerlicher, als sie es damals schon tat.

Roger Pielke Jr. – dessen Forschungsergebnisse vom IPCC in allen drei Arbeitsgruppen intensiv zitiert wurden – **analysierte** dieses erstaunliche Eingeständnis des Gremiums am 29. April in seinem Substack „The Honest Broker“. Die Hochemissionsszenarien (RCP8.5, SSP5-8.5 und SSP3-7.0), die Forschungsarbeiten, Regierungsberichte und Schlagzeilen dominierten, gelten nun als Beschreibungen einer Zukunft, die nicht eintreten wird.

Doch während der IPCC selbst das unsinnige Weltuntergangsmodell endlich aufgegeben hat, das er einst als „Basis“ propagierte, treiben der britische Energieminister Ed Miliband, seine Mitstreiter unter den „Netto-Null“-Eiferern in Whitehall und seine globalistischen Kollegen an der Macht in der EU, Kanada und anderswo das „Netto-Null“-Ziel unbeirrt weiter voran. Tatsächlich setzen „Mad Ed“ und seine Bande noch **stärker** auf genau jene Politik, die auf diesem mittlerweile diskreditierten Fundament aufgebaut ist. Das ist intellektuelle, aber idiotische Regierungsführung.

Die IYI-Fraktion und Milibands Referenzen

In einem [Beitrag](#) aus dem Jahr 2016 prägte Nassim Nicholas Taleb den Begriff „Intellectual Yet Idiot“ (intelligent und doch dumm)*, um jene Gruppe von Akademikern – Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Think-Tank-Mitarbeiter – zu beschreiben, die der Gesellschaft große Narrative aufzwingen, ohne selbst irgendwelche Kosten zu tragen.

*Der gängige deutsche Terminus ist wohl „nützliche Idioten“. A. d. Übers.

Was wir weltweit beobachten, von Indien über Großbritannien bis hin zu den USA, ist die Rebellion gegen den inneren Kreis der „Beamten“ und Journalisten-Insider, die Politik machen, ohne selbst etwas zu riskieren – jene Klasse paternalistischer, halbintellektueller Experten mit einer Ausbildung an der Ivy League, in Oxford oder Cambridge oder ähnlichen, auf Labels ausgerichteten Einrichtungen, die uns anderen vorschreiben, 1) was wir tun sollen, 2) was wir essen sollen, 3) wie wir sprechen sollen, 4) wie wir denken sollen ... und 5) wen wir wählen sollen.

Sie mögen Prüfungen mit Bravour bestehen, den Diskurs der Elite dominieren und aus der Sicherheit ihrer stattlichen Landhäuser oder der Aufenthaltsräume in Oxbridge Tugendhaftigkeit zur Schau stellen, doch es mangelt ihnen an praktischem Urteilsvermögen und eigenem Engagement. Wie der Essayist und Blogger Marcus Stone in seiner [Analyse](#) von Intelligenz ohne Urteilsvermögen feststellte, gibt es einen klaren Unterschied zwischen bloßer Unwissenheit (dem Fehlen von Wissen), regelrechter Dummheit (die die Glockenkurve in der IQ-Verteilung reflektiert, eine Tatsache des Lebens) und der unheilbaren, erlernten Idiotie derer, die an Narrativen statt an der Realität festhalten.

Lange vor Taleb brachte George [Orwell](#) diesen Gedanken auf pointierte Weise zum Ausdruck: „Es gibt Ideen, die so absurd sind, dass nur ein Intellektueller an sie glauben kann.“ Thomas [Sowell](#) war ein weiterer scharfsinniger Beobachter dieses Phänomens: „Dumme oder einfältige Menschen können in der Regel nur begrenzt Schaden anrichten. Um eine wahrhaft monumentale Katastrophe herbeizuführen, braucht man Menschen mit hohem IQ.“

Ed Miliband, Großbritanniens Energieminister und Absolvent des PPE-Studiengangs in Oxford – wobei PPE hier nicht für „Pernicious Political Elite“ steht –, verkörpert den IYI-Archetyp mit beunruhigender Genauigkeit. Er will sogar Wäschetrockner verbieten, um die Göttin Gaia zu besänftigen. Seine jüngsten Äußerungen über die „Trennung“ von Gaspreisen und Stromrechnungen, seine Ablehnung der Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee und sein unerbittliches Programm aus Auflagen und Subventionen für unzuverlässige, intermittierende erneuerbare Energien offenbaren nicht nur politische Fehler. Miliband offenbart eine tiefgreifende wirtschaftliche Unkenntnis, die Großbritanniens Wohlstand und Energiesicherheit bedroht. Die „Guardian“-lesenden Ideologen und

wohlhabenden Oxbridge-Akademiker intonieren wiederholt Mantras zur Netto-Null-Bilanz und Beschwörungen von „billigen“ erneuerbaren Energien, während die einfachen Bürger die Rechnungen bezahlen.

„Die Verbindung durchbrechen“: Missverständnisse bei der Grenzkosten-Preisbildung

Milibands Leitidee – die von seinen Experten im öffentlichen Dienst wiederholt, von befreundeten Ökonomen wie Professorin Mariana [Mazzucato](#) vom University College London befürwortet und vom Guardian und sogar vom zunehmend „woke“ gewordenen [Economist](#) pflichtbewusst aufgegriffen wird – lautet, dass Großbritannien „die Verbindung zwischen Gas- und Strompreisen aufheben“ müsse. Finanzministerin Rachel Reeves („Rachel aus der Buchhaltung“) [unterstützt](#) Miliband bei diesem Vorhaben.

Es wird argumentiert, es sei unfair, dass erneuerbare Energien zu den Grenzkosten bewertet werden, die durch die „teure“ Erdgaserzeugung vorgegeben sind. Dies, so wird uns gesagt, verteuere „günstige“ Wind- und Solarenergie künstlich. Diese Behauptung zeugt von einem derart grundlegenden Missverständnis der Märkte, dass sie in einer Abiturprüfung in Wirtschaftswissenschaften durchfallen würde.

Jede frei gehandelte Ware oder Dienstleistung – Strom, Gas, Öl, Kupfer, Weizen, Schweinebäuche, Haarschnitte – wird zu Grenzkosten bewertet. Der Anbieter mit den höchsten Kosten, der benötigt wird, um die Nachfrage zu decken, legt den Preis fest, den alle Anbieter im Gleichgewicht erhalten, wo sich die Angebots- und Nachfragekurven schneiden. Das gleiche Prinzip wird durch Adam Smiths Wasser-Diamanten-Paradoxon veranschaulicht: Wasser ist billig, weil es am Rande reichlich vorhanden ist; Diamanten sind teuer, weil die Grenzeinheit knapp ist.

Natürlich erwartet niemand, dass Miliband und seine PPE-Kollegen Adam Smiths „Der Wohlstand der Nationen“ in der Schule gelesen haben:

Die Dinge, die den größten Gebrauchswert haben, besitzen häufig nur einen geringen oder gar keinen Tauschwert; und umgekehrt haben jene, die den größten Tauschwert haben, häufig nur einen geringen oder gar keinen Gebrauchswert. Nichts ist nützlicher als Wasser; doch kann man dafür kaum etwas erwerben; kaum etwas lässt sich im Tausch dafür erhalten. Ein Diamant hingegen hat kaum einen Gebrauchswert; doch lässt sich dafür häufig eine sehr große Menge anderer Güter im Tausch erhalten.

Miliband und seine Mitstreiter von der IYI scheinen mit diesem Konzept noch nie in Berührung gekommen zu sein. Sie verwechseln das Grundprinzip der Grenzkostenpreisbildung in der Wirtschaftswissenschaft mit einem politischen Versagen, das sich per Gesetz beseitigen ließe. Wie die unabhängige Energieberaterin Katherine Porter kürzlich in ihrem ausgezeichneten [Interview](#) mit Spiked erklärte, ist dies jedem Marktteilnehmer klar; nur die IYI-Anhänger betrachten es als eine Besonderheit der britischen Strommärkte, die per Dekret abgeschafft

werden könne.

Nordsee-Öl und -Gas: heimische Vorteile werden ignoriert

Die gleiche „gelehrte Dummheit“, die Marcus Stone so treffend beschrieben hat, durchzieht auch Milibands zweitliebstes Thema: dass die Förderung von Öl und Gas in der Nordsee sinnlos sei, weil „wir keinen Einfluss auf die Weltmarktpreise haben“. Auch hier triumphiert die Ideologie über die Realität. Erdgas hat keinen einheitlichen Weltmarktpreis; es wird auf regionalen Märkten gehandelt – Europas TTF, Asiens JKM, Amerikas Henry Hub –, weil Pipelines sowie die Verflüssigung und der Transport von LNG hohe Transaktionskosten für die Fungibilität verursachen.

Eine gesteigerte heimische Produktion würde das teuerste Grenzanbot (oft importierte LNG-Ladungen) verdrängen und so den Clearingpreis für britische Verbraucher senken. Frau Porter sagte, dass eine Steigerung der Nordsee-Gasproduktion LNG in den Sommermonaten, wenn die Importe gering sind, vollständig verdrängen und die Preise entsprechend senken könnte. Das Gas aus einer Nordsee-Bohrinsel gelangt nicht auf magische Weise in einen globalen Pool; es fließt durch Pipelines direkt in das britische Netz. Und ja, es wird zum Grenzkostenpreis gehandelt, an dem Punkt, an dem der teuerste Anbieter von Nordseegas auf den Versorgungsunternehmen-Kunden mit der höchsten Zahlungsbereitschaft trifft.

Öl ist weitaus austauschbarer, da es viel einfacher zu lagern und zu transportieren ist und es globale Referenzpreise wie West Texas Intermediate („WTI“) und Brent gibt. Die Preise anderer Rohölsorten orientieren sich an diesen Referenzpreisen, sobald Unterschiede in der Qualität des Rohöls und seinem Standort berücksichtigt sind. Doch das Prinzip bleibt bestehen: Eine gesteigerte Öl- oder Gasförderung in der Nordsee trägt zum BIP des Landes bei, unabhängig davon, ob die Fördermengen exportiert oder auf den heimischen Markt gebracht werden. Zudem schafft dies Arbeitsplätze, fördert die Qualifizierung, sorgt für Aktionärsrenditen und Steuererträge.

Auch hier scheint Milibands PPE-Ausbildung die einfache buchhalterische Konvention $BIP = C + I + G + (X - M)$ nicht behandelt zu haben (oder er hat sie kurz nach Schulabschluss wieder verlernt), die die bekannteste Identität in der Makroökonomie darstellt. Das britische BIP ist der Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die im Laufe eines Jahres im Land endgültig produziert werden. Nach dieser buchhalterischen Identität ist es auch die Summe aus Konsumausgaben, Investitionen und Staatsausgaben zuzüglich der Exporte (Geld, das Ausländer für den Kauf britischer Güter und Dienstleistungen ausgeben) abzüglich der Importe (Geld, das Briten für den Kauf ausländischer Güter und Dienstleistungen ausgeben).

Politik-Experten

Was verstehen die Politikexperten in Whitehall nicht? Wie kann es angesichts dieser einfachen makroökonomischen Rechnung in Ordnung sein, dass Großbritannien weitere Investitionen aus seinen eigenen Gebieten in der Nordsee vertreibt und gleichzeitig Öl und Gas aus Norwegen kauft? Ist es Milibands Ziel, in einer Art Robin-Hood-Umkehrung die eigenen Bürger des Landes zu verarmen, während die ohnehin schon viel reicheren Norweger noch reicher werden? All dies geschieht im Namen der britischen „[Klimaführerschaft](#)“, wie Rupert Darwall gründlich analysiert hat.

Unter Milibands repressivem System der Windfall-Steuer wurde letzte Woche berichtet, dass sogar BP [erwägt](#), seine Nordsee-Anlagen zu verkaufen und sich vollständig zurückzuziehen, während Norwegen erneut investiert. Die norwegische Regierung, die von Stones gelehrter Dummheit unbeeindruckt ist, [erteilte](#) erst letzte Woche 70 neue Bohrgenehmigungen für Öl und Gas.

Ein weiteres verworrenes [Argument](#), das von den britischen Befürwortern der Netto-Null-Emissionsziele in ihrem Bestreben vorgebracht wird, neue Investitionen in der Nordsee zu unterbinden, lautet wie folgt: „Öl und Gas sind weltweit gehandelte Rohstoffe. UK ist ein zu kleiner Produzent, um den Weltmarktpreis zu beeinflussen. Daher werden weitere Bohrungen in der Nordsee die Energiepreise in UK nicht wesentlich senken.“

Auf einer Ebene ist das natürlich wahr. Aber jeder, der auch nur ein wenig Ahnung von Wirtschaft hat, würde fragen: „Was hat das denn damit zu tun?“ Produzieren Länder nur dann etwas, wenn dadurch die Preise im Inland sinken? In welchem Universum? Länder produzieren, weil es für sie rentabel ist (im kollektiven Sinne, da es ja die Unternehmen sind, die tatsächlich die Produktion leisten). Eine gesteigerte Produktion trägt zum BIP des Landes bei. Die Aktionäre des Unternehmens profitieren davon ebenso wie diejenigen, die durch die verstärkte Wirtschaftstätigkeit Arbeitsplätze und Qualifikationen erhalten. Und dabei ist ein weiteres elementares wirtschaftliches Prinzip noch nicht einmal berücksichtigt: der „Multiplikatoreffekt“ – der Prozess, durch den ein anfänglicher Anstieg von Ausgaben, Investitionen, Produktion oder Einkommen weitere Runden wirtschaftlicher Aktivität in der gesamten Wirtschaft auslöst.

Es gibt noch eine weitere Variante dieser idiotischen Wirtschaftstheorie. Ein Argument, das unter Milibands Verbündeten, Klimaaktivisten, Kommentatoren zum Thema Netto-Null und Mainstream-Medienjournalisten kursiert, lautet in etwa wie folgt: „Nordseeöl wird ohnehin auf den internationalen Märkten verkauft, daher gehört es in keinem sinnvollen Sinne Großbritannien. Daher verbessert eine verstärkte Förderung weder die britische Energiesicherheit noch senkt sie die Rechnungen.“

Wieder einmal muss man viel geistige Standhaftigkeit aufbringen, um sich mit dieser völlig verwirrten Logik auseinanderzusetzen. Was passiert

dabei mit der Zahlungsbilanz von UK? Verbessern britische Exporte nicht die Leistungsbilanz und stärken sie nicht das Pfund? Und wie kann eine gesteigerte Förderung von Öl und Gas aus der Nordsee die Energiesicherheit in UK nicht verbessern, fragt man ungläubig. Doch vergeblich, denn in der Welt des Netto-Null-Fanatismus riechen solche Ansichten nach rechtem Thatcherismus.

IYI-Wirtschaft vs. reale Welt

In der normalen Welt gelten Exporte, Produktion, profitable Branchen, Handelsüberschüsse und hochwertige Industriezweige in der Regel als positiv. Doch in der linksglobalistischen Welt der IYI-Regierungen und politischen Entscheidungsträger – in der die „Kirche des Klimas“ uneingeschränkt herrscht – werden die grundlegenden Gesetze der Wirtschaft per Gesetz außer Kraft gesetzt, und die Förderung von Kohlenwasserstoffen wird als moralisch fragwürdig und wirtschaftlich irrelevant dargestellt. Wenn es um die Rettung der Welt geht, sind diese von besonnenen Ökonomen aufgeworfenen Fragen bloße Nebensächlichkeiten.

Die Rentabilität an sich steht unter Verdacht und zieht den Vorwurf der Schuld auf sich. In einem inzwischen gelöschten Beitrag auf X [warf](#) Miliband BP vor, von der Iran-Krise zu profitieren, als er sich für die Beibehaltung der Sondersteuer auf Investitionen in der Nordsee aussprach. Er bezeichnete dies als „moralisch und wirtschaftlich falsch“. Natürlich versuchte er nicht zu verstehen, warum Rohstoffhandelsabteilungen mit gewieften Händlern – wie sie BP hat – in Zeiten extremer Preisschwankungen außergewöhnlich gut abschneiden. Das ist nicht einmal ansatzweise Kriegsgewinnlertum. Ohne den Stempel eines PPE-Abschlusses ist das von Herrn Miliband präsentierte doppelte Adjektiv ein kleines Rätsel. Zurück in der normalen Welt sind Gewinne gut – denn sie finanzieren Löhne, Mieten, Steuern und zufriedene Aktionäre.

Die britische Öffentlichkeit ist in Aufruhr. Die überraschenden Ergebnisse der Kommunalwahlen in Großbritannien bescherten sowohl der Labour-Partei als auch den Konservativen eine beispiellose Niederlage zugunsten der relativ rechtsgerichteten Partei „Reform UK“, die erst im letzten Jahr an politischer Bedeutung gewonnen hat. Es handelt sich um eine Revolte der einheimischen Wähler aus der Arbeiter- und Mittelschicht gegen das, was David Starkey als die seit langem bestehende „Einparteien“-Elite Großbritanniens [bezeichnet](#) hat. Dies könnte den Anfang vom Ende des Zweiparteiensystems in Westminster markieren, das die britische Politik seit dem späten 17. Jahrhundert geprägt hat, als die Konzepte des modernen Staates erstmals aufkamen.

Gewiss richtete sich der Aufstand nicht nur gegen Milibands strenge Netto-Null-Vorgaben, sondern gegen das gesamte Paket, das von der globalistischen Einparteien-Elite angeboten wurde – darunter offene Grenzen, eine immer engere Union mit der EU trotz Brexit und die Auswüchse eines politisch korrekten Wohlfahrtsstaates, der Einwanderer

gegenüber Einheimischen bevorzugt. Die Wahlurne bleibt der einzige verlässliche Mechanismus, um jene abzusetzen, die für ihre luxuriösen Überzeugungen und ihre idiotische Wirtschaftspolitik keinerlei Konsequenzen tragen müssen.

Eine vernünftige Energiepolitik – jetzt, da sich der IPCC selbst von seinen unglaublichen „Das Ende ist nah“-Szenarien distanziert hat – würde damit beginnen, die Grenzkostenpreisbildung anzuerkennen, anstatt vergeblich zu versuchen, sie abzuschaffen; sie würde eine Steigerung der Öl- und Gasförderung in der Nordsee zulassen, solange der Privatsektor bereit ist, im Rahmen wettbewerbsorientierter Auktionen zu investieren; die sinnlose CO₂-Bepreisung für Gas und tatsächlich für die gesamte energieintensive Industrie aufzugeben; die endlosen Subventionen für erneuerbare Energien einzustellen; die Vorschriften für Elektrofahrzeuge aufzuheben, die kaum jemand kaufen will, und die Überregulierung des Kernkraftsektors abzubauen, beispielsweise nach bewährten südkoreanischen Zeitplänen und Kosten statt unter den aufgeblähten britischen Regulierungsvorschriften.

Großbritannien kann sich kein weiteres Jahrzehnt der IYI-Regierung leisten. Dass die Lichter buchstäblich nicht ausgehen, hängt davon ab.

This article was published first on 18 May 2026 on [Tilak Doshi's Substack](#)

Dr Tilak K. Doshi

Dr Tilak K. Doshi is the Daily Sceptic's Energy Editor. He is an economist, a member of the [CO2 Coalition](#) and a former contributor to Forbes. Follow him on [Substack](#) and X.

Link:

<https://clintel.org/intellectual-yet-idiot-ed-miliband-and-britains-energy-crisis/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Ermittlungen gegen die private Klimakabale

geschrieben von Chris Frey | 28. Mai 2026

H. Sterling Burnett

Seit einigen Jahren beschreiben ich und andere Mitarbeiter des Heartland

Institute, wie eine private Klimaverschwörung aus elitären Investoren, Bankiers, Technologieunternehmen und Führungskräften aus anderen Branchen zusammengearbeitet hat, um die Agenda der Umwelt- und Sozialverantwortung (ESG) sowie der Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion (DEI) in der gesamten Wirtschaft und im Leben jedes Einzelnen voranzutreiben – in den Vereinigten Staaten und noch stärker in Europa.

Im April 2023 verfasste Jack McPherrin, Forschungsmitarbeiter am Heartland Institute, einen umfassenden Bericht, in dem er darlegte, warum die Verwendung von ESG-Bewertungen durch „woke“, wohlhabende und politisch vernetzte Bankiers und Investoren sowie durch die Europäische Union eine erhebliche Bedrohung für die individuelle Freiheit, den freien Markt, die US-Wirtschaft und den Wohlstand Amerikas darstellte. Aufbauend auf diesem Bericht und als Reaktion auf Maßnahmen der Bundesregierung unter Präsident Joe Biden, Unternehmen und Einzelpersonen durch Banken- und Investitionsvorschriften ESG-Vorgaben aufzuerlegen, hat das [Heartland Institute](#) den Kampf auf [Bundes-](#) und [Landesebene](#) angeführt, um ESG-Bemühungen zu stoppen und Unternehmen dafür zu bestrafen, dass sie durch diese Maßnahmen die geopolitische und wirtschaftliche Souveränität sowie den Fortschritt der USA behindern.

Auf Empfehlung von Heartland haben mehrere Bundesstaaten ihren Regierungen untersagt, Geschäfte mit institutionellen Anlegern und großen Vermögensverwaltern wie BlackRock, State Street und Vanguard zu tätigen. Bundesstaaten wie [Texas](#) und [Florida](#) gingen dabei mit gutem Beispiel voran.

Wie ich Anfang 2025 ausführlich [beschrieb](#), kurz nach der Wahl von Präsident Trump und noch bevor er zum zweiten Mal als Präsident vereidigt worden war, begannen verschiedene Klimabündnisse und Gruppen mit UN-Zugehörigkeit auseinanderzufallen, denen Hunderte, wenn nicht Tausende von Banken und Spitzenunternehmen angehörten, als Wirtschaftsführer die Zeichen der Zeit erkannten und begannen, sich aus den Organisationen zurückzuziehen. Dabei kündigten die Unternehmen an, dass sie ihre Klimaschutzverpflichtungen zurückfahren, die sie bei ihrem Beitritt zu den Gruppen eingegangen waren, wenn nicht sogar ganz aufgeben würden.

Der Druck auf Unternehmenschefs, die sich für ESG-Kriterien einsetzen, sich auf Gewinne, Verluste und Renditen für Investoren sowie auf die Befriedigung der Verbrauchernachfrage zu konzentrieren anstatt eine aufgezwungene Klimawandel-Orthodoxie zu vertreten, hat seitdem nur noch zugenommen.

Ende April dieses Jahres sandten die Generalstaatsanwälte (AGs) von 23 Bundesstaaten einen gemeinsamen Brief an die Leiter der drei größten US-Ratingagenturen – Fitch Ratings, Moody's sowie S&P Global Ratings – und forderten sie auf darzulegen, wie ihre Zusagen zur Erreichung der Netto-Null oder ihre CO₂-Reduktionsziele in ihre Unternehmensratings einfließen. Die Ratingagenturen hatten mit von den Vereinten Nationen

unterstützten oder zertifizierten Unternehmensverbänden zusammengearbeitet, die sich zu Netto-Null-Zielen verpflichtet hatten und die Emissionsreduktionsziele des Pariser Klimaabkommens erfüllen oder übertreffen wollten. Die Ratings dieser Agenturen können über den Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens entscheiden, weil sie die Fähigkeit eines Unternehmens oder einer Branche beeinträchtigen, Finanzmittel zu beschaffen, und Aktienbewertungen, Kurse sowie den Ruf von Unternehmen beeinträchtigen können.

Konkret verlangen die Generalstaatsanwälte von den Ratingagenturen darzulegen, wie sich ihre ESG-Standards auf die Ratings und Empfehlungen ausgewirkt haben, die sie für US-Unternehmen abgegeben haben, die an der Erschließung, Förderung, Lieferung, dem Verkauf und der Nutzung fossiler Brennstoffe für Produktionszwecke beteiligt sind, sowie für Städte und Bundesstaaten, die stark in fossile Brennstoffe investiert sind.

Die Generalstaatsanwälte äußern Bedenken, dass die ESG-Ziele der Ratingagenturen einen wesentlichen Interessenkonflikt darstellen, der ihre Fähigkeit beeinträchtigt, unvoreingenommene Ratings für Unternehmen abzugeben, die an der Produktion fossiler Brennstoffe beteiligt sind. Darüber hinaus befürworteten die Agenturen ESG-Fonds, obwohl diese im Vergleich zu Fonds und Unternehmen, die rein auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind, eine unterdurchschnittliche Performance aufweisen. Die Generalstaatsanwälte äußern zudem die Befürchtung, dass die Ratingagenturen gegen Kartellgesetze verstoßen haben, indem sie sich abgesprochen haben, um gemeinsame, an Klimaziele geknüpfte ESG-Standards durchzusetzen.

„Ratingagenturen sollen ehrliche, objektive Finanzanalysen liefern, auf die sich Investoren und Verbraucher verlassen können“, erklärte der Generalstaatsanwalt von Idaho Raul Labrador, einer der Unterzeichner des Schreibens, in einer Pressemitteilung zur Ankündigung der Untersuchung. „Stattdessen gingen diese Agenturen nicht offengelegte Klimaschutzverpflichtungen ein, nutzten ihre Ratings, um amerikanische Energieunternehmen auf der Grundlage dieser Verpflichtungen herabzustufen, und verkauften den gleichen Unternehmen anschließend Beratungsdienstleistungen, um ihnen bei der Verbesserung ihrer Bewertungen zu helfen.“

„Diese Entscheidungen wirken sich auf die gesamte Wirtschaft aus und tragen zu höheren Energiekosten für Familien in Idaho bei“, fuhr Labrador fort.

Konkret heißt es in dem Schreiben:

Fitch Ratings, Moody's Investors Service und S&P Global Ratings (die „Ratingagenturen“) haben auf der Grundlage höchst spekulativer ESG-Prognosen und -Ziele verschiedene Herabstufungen von Unternehmen oder Sektoren im Bereich fossiler Brennstoffe vorgenommen (die „Herabstufungen“). Die Herabstufungen standen in erheblichem Widerspruch

zu den von den Ratingagenturen angegebenen Verfahren und stehen im Einklang mit nicht offengelegten wesentlichen Interessenkonflikten, darunter die Tatsache, dass (1) alle drei Agenturen einer von den Vereinten Nationen unterstützten Gruppe zugesagt haben, ESG „auf systematische Weise in Kreditratings und Analysen einzubeziehen“, und (2) Moody's und S&P zugesagt haben, zur „Erreichung“ der Netto-Null-Emissionsziele beizutragen. Die Ratingagenturen haben die gleichen fehlerhaften Methoden angewendet, um Bundesstaaten und Kommunen mit Einnahmen aus der Förderung fossiler Brennstoffe herabzustufen oder mit einer Herabstufung zu drohen. Das Vorgehen der Ratingagenturen bei der Erstellung und Aufrechterhaltung der Herabstufungen verstößt gegen Bundesgesetze, die ihre Verpflichtungen als bei der SEC registrierte Ratingorganisationen betreffen, festgelegte Verfahren zu befolgen und Interessenkonflikte zu vermeiden, sowie gegen staatliche Verbraucherschutzgesetze, die Falschdarstellungen und Unterlassungen verbieten. Diese Versäumnisse wirken sich auf die gesamte Wirtschaft aus, führen zu einem Rückgang der Produktion fossiler Brennstoffe und tragen zu den derzeit hohen Benzinpreisen bei, mit denen die Verbraucher konfrontiert sind.

In dem Schreiben wird weiter dargelegt, dass die Klimapolitik der Ratingagenturen weder gesetzlich vorgeschrieben noch wissenschaftlich begründet ist, gegen ihre eigenen Anlagegrundsätze und gegen Bundesrecht verstößt und den Verbrauchern sowie der Wirtschaft schadet.

Das Schreiben schließt mit einer Reihe von Fragen, auf die die Generalstaatsanwälte von den Unternehmen eine ausführliche Antwort verlangen, und umreißt fünf Schritte, die nach Ansicht der Generalstaatsanwälte notwendig sind, um diese Verstöße gegen das Wertpapierrecht zu beenden und weitere Maßnahmen der Generalstaatsanwälte zu verhindern. Diese Maßnahmen sind:

- ESG-bedingte Herabstufungen innerhalb von 90 Tagen zu begründen;
- ESG-Verpflichtungen innerhalb von 60 Tagen zurückzuziehen oder offenzulegen;
- sektorspezifische Methodiken für die Öl- und Gasindustrie zu überarbeiten, indem entweder ESG-Übergangsrisikofaktoren vollständig entfernt oder auf einen definierten, evidenzbasierten Zeithorizont beschränkt werden;
- Beseitigung oder Offenlegung von ESG-Beratungskonflikten, unter anderem durch die Einstellung des Angebots von ESG-Beratungsdienstleistungen für Unternehmen, deren Bonitätsratings die Agentur ebenfalls festlegt; und
- Bestätigung der Überprüfung interner Kontrollen, indem der Chief Compliance Officer jeder Agentur bestätigt, dass die internen Kontrollen überprüft und aktualisiert wurden, um zu verhindern, dass ESG-Verpflichtungen die Bonitätsbeurteilungen beeinflussen.

Sollten die Unternehmen die in dem Schreiben festgelegten Fristen nicht einhalten, werden die Generalstaatsanwälte voraussichtlich in Abstimmung mit dem US-Justizministerium Durchsetzungsmaßnahmen nach verschiedenen Bundes- und Landesgesetzen einleiten, wie es in dem Schreiben heißt.

Die Zeit für die Unternehmenseliten läuft langsam ab, sich an die neue Realität anzupassen, dass die US-Bundesregierung den Klimawandel nicht mehr als eine Krise anerkennt, die behoben werden muss oder deren Lösung der Unternehmensführung obliegt. Es ist an der Zeit, dass sich die Unternehmen wieder darauf konzentrieren, die Interessen ihrer Aktionäre/Eigentümer und Verbraucher zu fördern anstatt das Gewissen ihrer elitären Unternehmensvorstände durch grüne Tugendhaftigkeit zu beruhigen. Die Durchsetzung von ESG-Energiestandards, die den Einsatz fossiler Brennstoffe einschränken und keinen Einfluss auf den Klimawandel haben, während sie gleichzeitig den wirtschaftlichen Fortschritt und das langfristige Wohlergehen der Menschen behindern, war niemals zu rechtfertigen. Unternehmen dazu zu zwingen, während die Ratingagenturen von der Beratung zu diesen Änderungen profitieren, war illegal und falsch. Endlich unternehmen die Generalstaatsanwälte Schritte, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen.

Quellen: [ESG Today](#); [Idaho Attorney General](#); [Attorneys Generals Letter](#); [The Heartland Institute](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-580-private-climate-cabal-under-investigation/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Selbst die DNA von einzelligen Plankton-Organismen kann die alarmierenden Behauptungen zum Abschmelzen des arktischen Meereises widerlegen

geschrieben von Chris Frey | 28. Mai 2026

[Kenneth Richard](#)

Neue **Forschungsergebnisse** auf der Grundlage der DNA der Dinoflagellatenart „Polarella glacialis“ deuten darauf hin, dass die untersuchte arktische Region (das Yermak-Plateau) vor 14.000 Jahren, als die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre schätzungsweise bei 230 ppm lag, das ganze Jahr über eisfrei war.

„Vor etwa 14,0–13,9 kal. kyr BP gab es einen kurzlebigen, ganzjährig eisfreien, offenen Ozean.“

Während des frühen bis mittleren Holozäns (vor 10.000 bis 4.000 Jahren) war das arktische Meereis saisonal und bestand überwiegend aus Erstjahres-Eis, das die sommerliche Schmelzsaison nicht überdauerte.

„Das holozäne Yermak-Plateau ist durch eine saisonale Meereisbedeckung gekennzeichnet, die hauptsächlich aus Einjahresmeereis bestehen könnte ... einem großen Anteil an Einjahresmeereis im Gegensatz zu saisonal abgetriebenem mehrjährigem Meereis.“

Heute, bei 430 ppm CO₂, besteht das arktische Meereis zunehmend aus Einjahres-Eis, doch eine „Mehrjahres-Umgebung“ besteht weiterhin. Mehrjähriges Meereis hat mindestens eine sommerliche Schmelzsaison überstanden und wird über mehrere Jahre hinweg immer dicker.

Die derzeitige Phase ähnelt den Meereisbedingungen, die vor etwa 16.000 Jahren oder während der letzten Eiszeit vorherrschten.

„... eine marginale Meereisbedeckung vor ca. 16.000 Jahren [gekennzeichnet durch] Einjahresmeereis in einer Umgebung mit Mehrjahres-Meereis, eine Situation, die der heutigen nicht unähnlich ist.“

Wenn die Arktis bei einem CO₂-Gehalt von 230 ppm das ganze Jahr über eisfrei sein kann, bei einem CO₂-Gehalt von 430 ppm jedoch von mehrjährigem Eis dominiert wird, stützt dies nicht die alarmistischen Behauptungen, dass hohe CO₂-Konzentrationen für das verstärkte Abschmelzen des arktischen Meereises verantwortlich sind.



Geschichte des einjährigen Meereises im Arktischen Ozean, abgeleitet aus alter DNA von *Polarella glacialis* über die letzten 50.000 Jahre

Kyle Michael James Mayers, Nele Manon Vollmar, Tristan Cordier, Agnes Katharina Maria Weiner, Juliane Müller, Aud Larsen, Stijn De Schepper geb

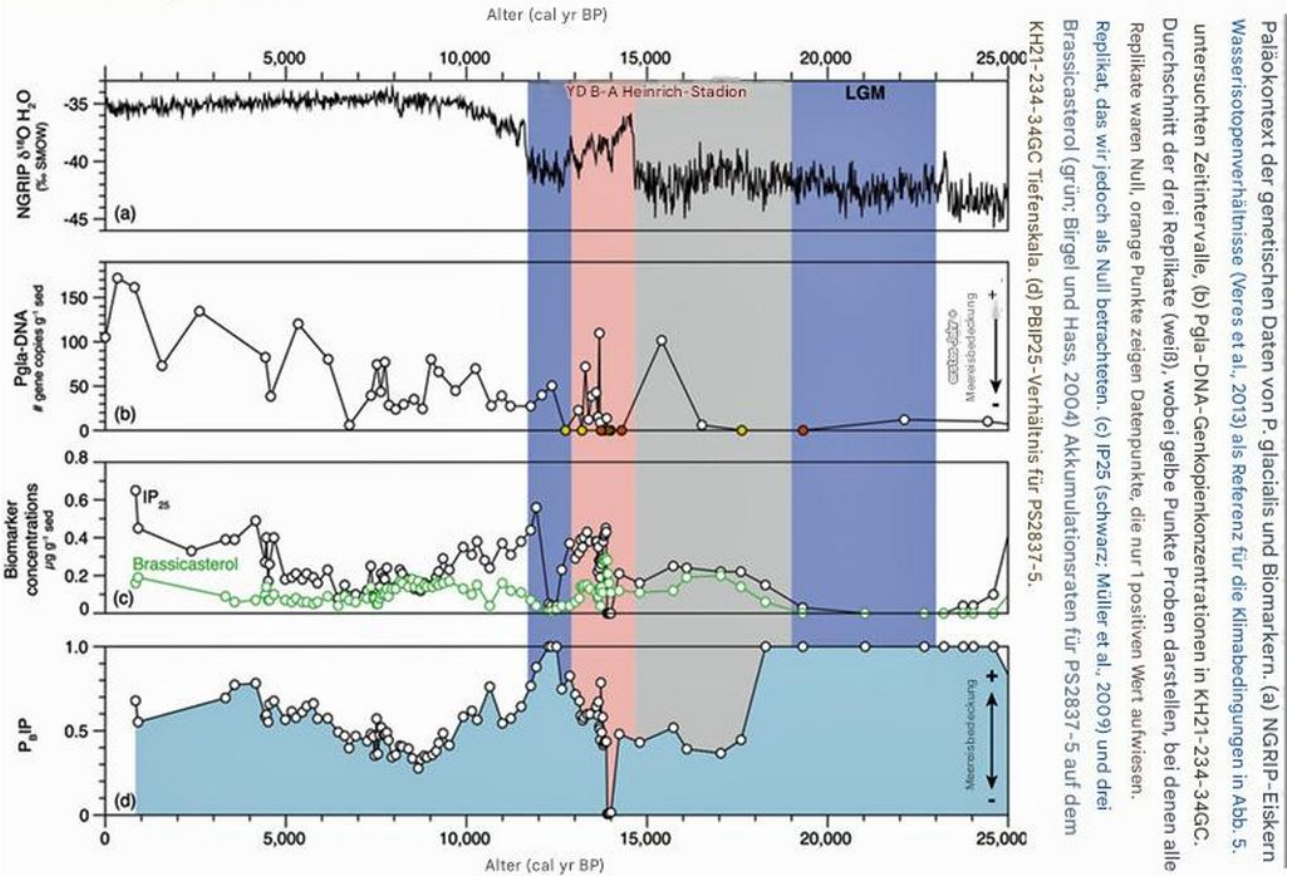


In dieser Studie wollten wir das Vorkommen von einjährigem Meereis auf dem Yermak-Plateau in den letzten ca. 50.000 Jahren vor heute untersuchen. Wir verwendeten die Methode der Pgl-a-DNA, eines genetischen Proxys, der auf den im Meereis lebenden Dinoflagellaten *Polarella glacialis* abzielt und das einjährige Meereis in der Arktis widerspiegelt. Wir fanden heraus, dass Pgl-a-DNA während MIS 3 in geringer Menge vorhanden ist und auf dem Yermak-Plateau bis vor ca. 50.000 Jahren zurückreicht. Dies stellt einen der ältesten Nachweise dar, die bisher gefunden wurden, und bestätigt frühere Berichte über die stratigraphische Reichweite von *P. glacialis*. Unsere Ergebnisse stützen die Annahme, dass Pgl-a-DNA in mehrjährigen Meereisgebieten nicht häufig vorkommt, in saisonalen Meereisgebieten jedoch deutlich häufiger anzutreffen ist. Bis vor etwa 17.000 Jahren gab es auf dem Yermak-Plateau, das überwiegend von mehrjährigem Meereis geprägt war, kein einjähriges Meereis. Die geringe Menge an Biomarkern und Pgl-a-DNA in den Sedimenten zeigt, dass das Yermak-Plateau nach 17.000 Jahren kalten Bedingungen mit minimaler Meereisschmelze ausgesetzt war. Seit 17.000 Jahren etablierte sich ein saisonales Meereisgebiet, jedoch trat einjähriges Meereis erst vor 15.400 Jahren auf. Die Bedeckung mit einjährigem Meereis und saisonalem Meereis variierte stark im gesamten Bølling-Allerød-Gebiet; die Region war entweder saisonal von Meereis bedeckt oder sogar eisfrei.

Wesentliche Hinweise auf einjähriges Meereis treten erstmals um 15,4 cal kyr BP auf dem Yermak-Plateau auf, als Pgl-a-DNA einen deutlichen Peak aufweist (Abb. 5b). Zunehmende IP₂₅- und Brassicasterolwerte im Bohrkern PS2837-5 (Abb. 5c; Müller et al. 2009) und weiter südlich in der Framstraße (El bani Altuna et al., 2024) deuten ebenfalls auf einen Übergang von einer ausgedehnten Meereisbedeckung zu einer marginalen Meereisbedeckung um ca. 16 cal kyr hin. Dies steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit einem verstärkten Zustrom von warmem Atlantikwasser (El bani Altuna et al., 2024), das sich bis auf das Yermak-Plateau erstreckte (Hald & Aspefi, 1997). Ein stärkerer Zustrom von wärmerem Wasser führte wahrscheinlich zu mehr Meereisschmelze auf dem Yermak-Plateau und zur Bildung von einjährigem Meereis in einer mehrjährigen Meereisumgebung, einer Situation, die der heutigen nicht unähnlich ist.

Das Bølling-Allerød-Ereignis (14,7–12,9 cal kyr BP), ein abruptes Klimaerwärmungsereignis, das in Eiskernen auf Grönland gut dokumentiert ist (Abb. 5a), zeigte schnelle Veränderungen von saisonaler Meereisbedeckung (14,7 bis 13,9 cal kyr BP) zu offenen Gewässern (13,9–14,0 cal kyr BP) und wieder saisonalem Meereis (13,9 bis 12,9 cal kyr BP) auf dem Yermak-Plateau. Derart starke Schwankungen der Meereisbedeckung sind um diese Zeit auch weiter südlich in der Framstraße zu beobachten (El bani Altuna et al., 2024; Falardeau et al., 2018; Müller und Stein 2014). Dort schwankt die Meereisbedeckung von nahezu eisfreier Meereisbedeckung zu einer ausgedehnten Meereisbedeckung und zurück zu einer reduzierten Meereisbedeckung an der Station MSM5/5-712 (Falardeau et al., 2018), während die nahegelegene Station HH15-1252 eine sehr reduzierte, marginale Frühjahrsmeereisbedeckung zu Beginn aufweist, gefolgt von einer Rückkehr zu einer etablierten Frühjahrsmeereisbedeckung (El bani Altuna et al., 2024). Dies ist auch die Zeit, in der der Schmelzwasserpuls 1A auftrat (ca. 14,6 cal kyr BP, Brendryen et al., 2020; Lucchi et al., 2015), ein Intervall, das an unserem Untersuchungsstandort nicht eindeutig vorhanden ist. Dennoch zeigen die verschiedenen Meereis-Proxies auf dem Yermak-Plateau eine große Variabilität. Im frühesten Teil des Bølling-Allerød, 14,7 bis 13,9 cal kyr BP, trat auf dem östlichen Yermak-Plateau eine saisonale Meereisbedeckung auf vor etwa 14,0–13,9 cal kyr BP entstand kurzzeitig ein ganzjährig eisfreier, offener Ozean (Abb. 5d). Pgl-a-DNA war nicht nachweisbar, was darauf hindeutet, dass sich in diesem Gebiet während des gesamten Zeitraums kein einjähriges Meereis bildete oder schmolz (Abb. 5b). Im späteren Verlauf des Bølling-Allerød, nach 13,9 cal kyr BP, bildete sich erneut eine saisonale Meereisdecke (Abb. 5d). Ab diesem Zeitpunkt wurden in mehreren Proben variable Konzentrationen von Pgl-a-DNA gemessen (Abb. 5b), was auf das Vorhandensein von einjährigem Meereis hinweist. Die höheren Konzentrationen von Biomarkern für offenen Ozean und Meereis (Abb. 5c) sowie das Vorhandensein von Pgl-a-DNA im Sediment zeigen, dass in dieser Region Meereis, einschließlich einjährigem Meereis, schmolz.

Das holozäne Yermak-Plateau ist durch eine saisonale Meereisbedeckung gekennzeichnet, die hauptsächlich aus einjährigem Meereis bestehen kann. Wir schließen dies aus den vergleichbaren Trends im PBIIP₂₅-Index und unserem Pgl-a-DNA-Proxy während des Holozäns (Abb. 5b, d), was bedeuten könnte, dass das saisonale Meereis auf dem Yermak-Plateau zu einem großen Teil aus einjährigem Meereis besteht, im Gegensatz zu saisonal driftendem mehrjährigem Eis. In diesem Sinne liefert der Pgl-a-DNA-Proxy eine zusätzliche Bewertung der rekonstruierten Meereisbedeckung in diesem Gebiet.



Quelle: [Mayers et al., 2026](#)

Quelle: [Mayers et al., 2026](#)

Link:

<https://notrickszone.com/2026/05/18/even-the-dna-of-single-celled-plankton-can-upend-alarmist-arctic-sea-ice-melt-claims/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE